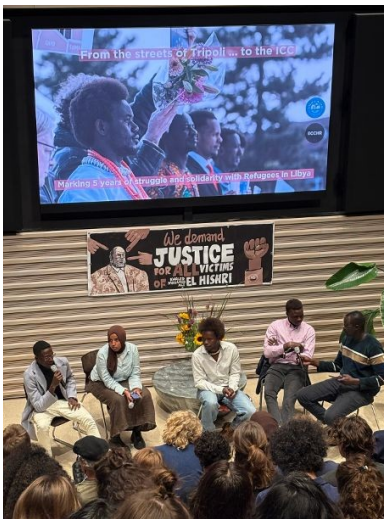
Nr. 148
Newsletter
10/2026

KOMPASS

Info-Plattform der antirassistischen Bewegung

12 Jahre Alarm Phone +++ 24. Oktober: Koordinierte Demonstrationen gegen Abschiebungen an den Flughäfen in München, Frankfurt, Köln/Bonn, Hannover, Leipzig, Berlin… +++ Pro Asyl zu 100 Tagen GEAS +++ 5 Jahre Refugees in Libya und Mitiga-Kampagne mit Blick auf den 4. Mai 2027 in Den Haag +++ migration-control.info zu Haftars Interception Regime in Ostlibyen sowie zur rassistischen Mobilisierung in Westlibyen +++ Border Forensics: Neue Untersuchung zum tödlichen Pushback-Regime an der polnisch-belarussischen Grenze +++ medico: Texte und Informationen zur rassistischen Gewalt in Südafrika +++ Rückblicke: Aktion in Hamburg zu Rheinmetall; 40 Jahre Pro Asyl: ein Rückblick +++ Ausblick: 26. bis 28. November: We`ll Come United Konferenz in Leipzig

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE.



Im letzten Kompass hatten wir Refugees in Libya bereits zu ihrem fünfjährigen Bestehen gratuliert. In einer gelungenen und gut besuchten Veranstaltung am vergangenen Samstag (3.10.2026) in Berlin hat die Selbstorganisation nochmals demonstriert, dass sie sich zu einer zentralen Stimme für die Rechte der „People on the Move“ entwickelt hat. Zudem hat die in Vorbereitung befindliche „Mitiga-Kampagne“ - benannt nach dem Haftlager in Libyen, das in dem am 4. Mai 2027 beginnenden Prozess gegen den Folterer El Hishri in Den Haag im Mittelpunkt stehen wird - das Potential für eine transnationale Mobilisierung, die eine Thematisierung und Skandalisierung der fortgesetzten EU-Pushback Politik ermöglicht, siehe https://www.refugeesinlibya.org/mitiga-campaign.

Am kommenden Wochenende begeht ein weiteres transnationales Projekt sein mittlerweile 12 jähriges Bestehen: das Alarm Phone. Aus diesem Anlass wird am 10. Oktober 2026 in der Taz sowie als Sonderdruck eine vierseitige Zeitung erscheinen. Zitat aus der Einleitung: „12 Jahre. Rund um die Uhr im Schichtsystem. Seit 4380 Ta-

12 Jahre Alarm Phone

Alarm Phone ● Oktober 2026

Editorial

Die aktivistische Hotline an der Seite der Flucht- und Migrationsbewegungen

gen und Nächten, immer in Bereitschaft und im ständigen Einsatz. Am 11. Oktober 2014 haben wir unser Projekt gestartet. Es ist uns gelungen, eine kontinuierliche Struktur der Solidarität auf den Fluchtrouten aufzubauen. 11.000 Boote in Seenot haben sich in dieser Zeit aus allen Meeren vor den EU-Außengrenzen bei unserer Hotline gemeldet. Aus der Ägäis und aus dem zentralen und westlichen Mittelmeer. Aus dem Atlantik wie auch aus dem Ärmelkanal. Unsere Telefonnummer hat sich mit den Jahren in vielen migrantischen Communities und in vielen Regionen verbreitet….“, siehe https://alarmphone.org/de/campaigns/12-jahre-alarm-phone.

Für Samstag, den 24. Oktober rufen unterschiedliche Gruppen und Netzwerke zu einem zeitgleichen Protest an mehreren Abschiebeflughäfen auf: in München und Frankfurt, in Köln/Bonn und Hannover, in Leipzig und Berlin. Die gemeinsame Mobilisierung bietet die Chance, eine verstärkte und bundesweit koordinierte Widerstandsbewegung gegen „die Brutalisierung der Abschiebepraxis, die Ausweitung der Abschiebehaft sowie die unglaublichen Planungen für Massenabschiebungen durch den Bau neuer Abschiebeterminals“ aufzubauen, siehe https://www.welcome-united.org/articles/2dmGEzgVa6S15qXyk780oT.
Wenn das Netzwerk We`ll Come United Ende November in Leipzig zur gemeinsamen Konferenz zusammenkommt, wird der Kampf gegen Abschiebungen jedenfalls ein Schwerpunkt sein.

In diesem Sinne mit solidarischen Grüßen,

die Kompass Crew

INFORMATIONEN UND TERMINE FÜR OKTOBER 2026

12 JAHRE ALARM PHONE

Credit: Veronika Dimke

„Vierseitige Zeitung auf Deutsch erschienen
Am 11. Oktober 2026 gibt es das Alarm Phone seit genau 12 Jahren. Rund 11.000 Boote in Seenot haben sich in dieser Zeit aus allen Meeren vor den EU-Außengrenzen bei unserer Hotline gemeldet. Wir unterstützen die Menschen auf den Booten und sprechen Mut zu. Wir machen öffentlichen Druck und zwingen unwillige Küstenwachen zur Rettung. Oder wir ermöglichen das Ankommen in Zusammenarbeit mit der zivilen Seenotrettungsflotte. Als Alarm Phone kämpfen wir an der Seite der Geflüchteten und Migrant:innen für eine offene Gesellschaft und gegen die tödlichen Grenzen.
Zum 12-jährigen Bestehen haben wir eine vierseitige Zeitung produziert, in der aktuelle Erfahrungen aus unserer Arbeit vorgestellt werden. Die Zeitung kann hier angesehen und runtergeladen oder über folgende Email-Adresse als Druckausgabe kostenlos bestellt werden. Und wir freuen uns über Spenden….“

HTTPS://ALARMPHONE.ORG/DE/CAMPAIGNS/12-JAHRE-ALARM-PHONE/

KONTAKT: WTM-ALARM-PHONE@ANTIRA.INFO

SAMSTAG, 24. OKTOBER 2026: KOORDINIERTE DEMONSTRATIONEN GEGEN ABSCHIEBUNGEN AN DEN FLUGHÄFEN IN MÜNCHEN, FRANKFURT, KÖLN/BONN, HANNOVER, LEIPZIG, BERLIN…

„Gemeinsam mit regionalen Gruppen und Bündnissen gehen wir zeitgleich auf die Straße: gegen Abschiebungen, gegen Abschiebehaft, gegen jedes neue Abschiebeterminal. Wir protestieren gegen die Brutalisierung der Abschiebepraxis, die Ausweitung der Abschiebehaft sowie die unglaublichen Planungen für Massenabschiebungen durch den Bau neuer Abschiebeterminals.
Während die Bundesregierung in allen sozialen Bereichen Mittel wegkürzt, werden zig Millionen Euro in Maßnahmen für sogenannte “Rückführungen” investiert. Mit autokratischen und islamistischen Regimes werden Deals ausgehandelt, um mit aller Gewalt die Abschiebezahlen zu steigern. Systematisch werden Menschenrechte verletzt, um „im großen Stil“ abschieben zu können. Noch immer laufen die regierenden Parteien den Rechtsextremen und Rassist*innen der AfD hinterher, sie planen und bauen sogar die Infrastrukturen, die diese für die Umsetzung ihrer Remigrationsphantasien benötigen.
In den Flughäfen in München, Frankfurt und Berlin werden Abschiebeterminals neu gebaut bzw. erweitert, um die Abschiebezahlen in die Höhe treiben zu können.
Gegen diesen Abschiebewahn kündigen wir unseren Widerstand an. Laut und gemeinsam an mehreren Abschiebe-Tatorten zur gleichen Zeit.
Jeden Tag und an vielen Orten wehren wir uns, indem wir für das Recht zu bleiben kämpfen.

Wir haben uns versprochen: wir werden uns nicht alleine lassen.
Gegen die Angst! Gegen jede Abschiebung! Solidarity will win!
Bitte verbreitet den Termin und die angegebenen Orte und Zeiten.
24.10.2026 im Münchener Flughafen, um 16 Uhr im MAC-Forum;
24.10.2026 im Frankfurter Flughafen, um 14 Uhr, Terminal 1, Abflug;
24.10.2026 im Flughafen Berlin BER, tba
24.10.2026 im Flughafen Köln/Bonn, Terminal 1, 14:00 Uhr;
24.10.2026 in Düsseldorf, tba
24.10.2026 in Hannover, tba
24.10.2026 in Halle/Leipzig, tba
Weitere Infos folgen!…"

HTTPS://WWW.WELCOME-UNITED.ORG/ARTICLES/2DMGEZGVA6S15QXYK780OT

HTTPS://ABSCHIEBETERMINAL-VERHINDERN.DE/2026/08/19/ABSCHIEBEINFRASTRUKTUR-IST-KEIN-GESCHAEFTSMODELL-ABSCHIEBETERMINAL-VERHINDERN/

PRO ASYL ZU 100 TAGEN GEAS: ABSCHRECKUNG, DRUCK UND RECHTSVERSTÖßE

„Seit dem 12. Juni 2026 werden die neuen Regelungen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) angewandt. PRO ASYL nimmt die ersten 100 Tage zum Anlass für eine vorläufige Bilanz. Sie fällt eindeutig aus: Die deutsche Umsetzung setzt auf größtmögliche Härte. (…) In dem Policy Paper »Abschreckung, Druck und Rechtsverstöße« analysiert PRO ASYL 100 Tage GEAS und zeigt, dass die dramatischen Auswirkungen auf Schutzsuchende schon offensichtlich sind: Die vorhandenen Spielräume werden eindeutig zulasten der Schutzsuchenden genutzt. Selbst die Bedürfnisse besonders schutzbedürftiger Menschen werden in den beschleunigten Verfahren an deutschen Flughäfen nicht zuverlässig berücksichtigt.
PRO ASYL betrachtet anhand konkreter Fälle sowie des Austauschs mit Anwält*innen und Beratungsstellen zum einen die Lage im neuen Grenzverfahren und zum anderen die verschärften Dublin-Regelungen. Dies sind zwei Bereiche, in denen die negativen Auswirkungen besonders schnell sichtbar wurden. Das Policy Paper benennt Konsequenzen und formuliert konkrete Forderungen…."

DER GESAMTE BERICHT HIER: HTTPS://WWW.PROASYL.DE/WP-CONTENT/UPLOADS/PRO-ASYL_100-TAGE-GEAS_POLICY-PAPER_3_26.PDF

5 JAHRE REFUGEES IN LIBYA UND MITIGA-KAMPAGNE MIT BLICK AUF DEN 4. MAI 2027 IN DEN HAAG

Rund 150 Besucher:innen kamen zur Veranstaltung am 3. Oktober in Berlin, in der Refugees in Libya-Aktivist:innen, die in Italien, Frankreich, Schweden und Deutschland leben, über die mittlerweile fünfjährige Geschichte ihrer Selbstorganisation sowie aktuelle Entwicklungen berichteten. Die Situation in Libyen, die rassistische Hetze und Gewalt gegen Schwarze Geflüchtete und Migrant:innen, hat sich in den letzten Monaten weiter zugespitzt, während die EU-Staaten ihre Zusammenarbeit mit den Regierungen und Milizen in West- wie in Ostlibyen ausgebaut hat.

Betont wurde mehrfach, wieviele Mitstreiter:innen und Menschenrechtsverteidiger;innen in den Folterlagern getötet wurden und wieviele bis heute in Haft sind. Umso bedeutender erscheint, dass ein libyscher Folterer ab 4. Mai 2027 in Den Haag vor Gericht stehen wird. "Stand with Survivors for Justice“ wird der Titel der Kampagne lauten, die Refugees in Libya zusammen mit dem ECCHR und anderen Unterstützungsorganisationen für die kommenden Monate vorbereitet und bei der es nicht allein um Rechenschaft für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Haftlager Mitiga in Tripolis geht. Vielmehr soll die gesamte „Detention-Industry“ in Libyen und insbesondere die Verantwortung der EU für die Finanzierung dieser Lager sowie für die Push-Back-Kollaboration zwischen Frontex und den Milizen auf See zum Thema gemacht werden. Die Berliner Veranstaltung endete mit parallelen kleineren Arbeitsgruppen, in denen konkrete nächste Schritte für die Kampagne diskutiert wurden, u.a. Materialien zusammen zu stellen und vielfältige dezentrale Informations- und Mobilisierungsveranstaltungen vorzubereiten, um im Mai 2027 gemeinsam mit Überlebenden und Zeug:innen nach Den Haag zu fahren.

AKTUELLE INFORMATIONEN FINDEN SICH JEWEILS AUF DER WEBSEITE VON REFUGEES IN LIBYA: HTTPS://WWW.REFUGEESINLIBYA.ORG/MITIGA-CAMPAIGN

MIGRATION-CONTROL.INFO ZU HAFTARS INTERCEPTION REGIME IN OSTLIBYEN SOWIE ZUR RASSISTISCHEN MOBILISIERUNG IN WESTLIBYEN

Haftar's Libya Migrant Interception

„This paper provides a comprehensive examination of the role of Field Marshal Khalifa Haftar and his forces in Libya's migrant interception operations, situating these practices within the broader framework of European Union externalization policies. Since the 2011 NATO-supported uprising that toppled Muammar Gaddafi, Libya has become a critical transit and departure point for migrants attempting to cross the Mediterranean Sea to reach Europe. The paper analyzes the legal framework governing maritime interceptions, the human rights violations documented in Libyan detention centers, the European Union's financial and logistical support for Libyan coast guard forces, and the recent expansion of cooperation with Haftar's eastern forces. Drawing on reports from international organizations, human rights monitors, investigative journalists, and legal scholarship, this study argues that the EU-Libya migration partnership has created a system of complex

persecution that exposes migrants to systematic abuse while entrenching predatory armed actors and undermining prospects for political stability in Libya….“

FULL REPORT HERE:

HTTPS://MIGRATION-CONTROL.INFO/EN/BLOG/HAFTARS-LIBYA-MIGRANT-INTERCEPTION/

WEAPONISING SOVEREIGNTY: THE RISE OF THE "NO TO RESETTLEMENT" MOVEMENT

„By late August 2026, the main entrance to the UN Refugee Agency (UNHCR) compound in Tripoli's Al-Sarraj district had been blocked with earth berms and welded shut with iron bars. Two weeks later, on 7 September 2026, the escalatory pattern reached a violent peak when activists targeted an International Organisation for Migration (IOM) humanitarian centre in Al-Siyahiya, physically breaching the compound, assaulting staff and asylum seekers, and forcing an immediate, indefinite shutdown of protection operations. Two months prior to these actions, representatives of the movement claiming credit were seated inside the Ministry of Interior, receiving formal institutional validation from Minister Imad Al-Trabelsi.

What began as a network of localised Facebook pages, Telegram channels, and legal petitions has evolved into an effectivepressure campaign across western Libya. The "No to Resettlement" campaign draws on an existing activist network previously known as the "Tripoli Activists Movement," whose activities addressed economic and social grievances and demands for elections. Its subsequent focus on migration brought these networks into a pressure campaign across western Libya. Operating under slogans such as "Libya for Libyans," lawyers, civic activists and neighbourhood organisers have combined online mobilisation, demonstrations and legal challenges with physical blockades of UN premises. The movement shift in focus matters: a network previously mobilising around political and economic grievances now directs its pressure towards non-Libyans and the organisations providing them with assistance….“

FULL REPORT HERE:

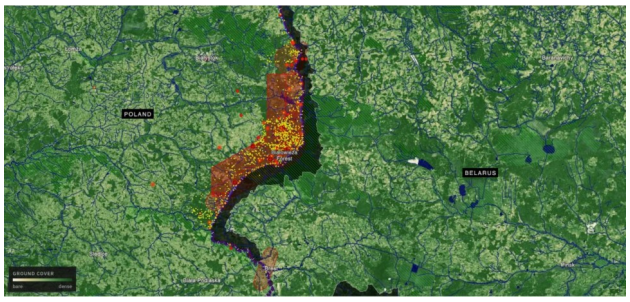
HTTPS://MIGRATION-CONTROL.INFO/EN/BLOG/WEAPONISING-SOVEREIGNTYTHE-RISE-OF-THE-NO-TORESETTLEMENT-MOVEMENT/

THE DEATH ZONE - THE MAKING OF A LETHAL PUSHBACK REGIME ACROSS THE POLISH-BELARUSIAN BORDERLANDS

An investigation by the Circumference of Violence, Infrastructuring Nature, and Border Forensics

„In the summer of 2021, amid rising geopolitical tensions, the government of Belarus facilitated the crossing of its borders with neighbouring European Union (EU) countries by illegalised migrants from the Global South. Considering the way EU countries have framed migrants as threats and criminalised their mobility, the Belarus government aimed for these crossings to have a destabilising effect on the EU. In response, Poland, Latvia, and Lithuania denounced this practice as a form of “hybrid warfare” enacted through the “instrumentalisation” of migrants. In the aim of preventing migrants from arriving on their territories and seeking protection, the governments of these countries swiftly insti-

tuted exceptional legislation, erected exclusionary border infrastructure, and deployed large numbers of law enforcement agents to their borders. Their policies, which received the full backing of the EU, have constituted a pushback regime that has been consolidated over the last five years. As a result, migrants seeking to cross the borders between Belarus and EU countries have been subjected to widespread violations of their rights and recurring acts of violence by law enforcement agents. This investigation focuses on the vast space of the Polish–Belarusian borderlands which has seen the starkest developments. In particular 102 migrant deaths have been documented since 2021 and many more disappearances reported.



This investigation mobilises a broad range of methods and fact-based analysis to answer the following key questions: How has this lethal pushback regime emerged? How has it been consolidated over the last five years? How have border policies, practices, infrastructure, and the environment converged to structurally generate violence, deaths, and disappearances? Who should be held accountable for the different forms of harm experienced by migrants?

To answer these questions, we have led an investigation over two years. The research has been led by the researchers and fellows of the Circumference of Violence and Infrastructuring Nature research projects and the investigative agency Border Forensics. We have further collaborated with a number of Polish researchers and civil society actors, in particular We Are Monitoring, Podlasie Volunteer Humanitarian Emergency Service, Egala Association, Médecins Sans Frontières, Helsinki Foundation for Human Rights, Border Deaths Monitoring Group and Piotr Czaban — investigative journalist and creator of the Czaban Robi Raban channel.

Our research has combined the analysis of a broad range of data types—that have been generated by civil society actors over the last five years or specifically for this investigation—with an equally wide range of methods—from ethnographic research to discourse analysis, from forensic reconstruction to geostatistical analysis. We offer a unique evidence-based account of the emergence and functioning of this lethal pushback regime, with a focus on the combined and cumulative forms of violence that structurally culminate in migrants' deaths and disappearances. By analysing the specific causal chains and recurring mechanisms leading to these human tragedies, and confronting these findings with geostatistical analysis, we demonstrate that the Polish and Belarusian state policies, infrastructure, and law enforcement practices have knowingly exposed migrants to environmental conditions—forests, rivers, and the cold in particular—that have proven lethal. The report further accounts for the discursive, legal, and political processes, both at the national and European levels, that have allowed this lethal pushback regime to be consolidated over the last five years. This consolidation has occurred despite the 2023 change in government from the right-wing PiS government to the centrist coalition government led by Donald Tusk —who had included in his campaign the aim of ending vio-

lations of migrants rights and deaths. In fact, over time the pushback regime has become more entrenched at the national level—as exemplified by the 2025 law suspending asylum—and become a model for the Crisis Regulation included in the EU's new Pact on Migration.
The main outcomes of this investigation are an extensive report in which we account for the emergence, functioning, harmful effects, and consolidation of the lethal pushback regime across the Polish–Belarusian borderlands over the last five years, as well as an interactive online mapping platform which brings together the multiple sources of data we relied on for our analysis. By drawing on the data and knowledge gathered by Polish civil society actors and researchers over the years, and supplementing them with new data and methods, our aim is for this report and platform to offer a comprehensive account of the dynamics generating border violence across the Polish–Belarusian borderlands and to constitute a robust evidentiary base that may support demands for accountability and advocacy…."

THE FULL REPORT FROM SEPTEMBER 2026 HERE:

HTTPS://WWW.BORDERFORENSICS.ORG/INVESTIGATIONS/POLAND-INVESTIGATION/

MEDICO: TEXTE UND INFORMATIONEN ZUR RASSISTISCHEN GEWALT IN SÜDAFRIKA

„In Südafrika eskaliert die Gewalt gegen Migrant:innen und Minderheiten. Das weckt Erinnerungen an vergangen geglaubte Zeiten
Seit Monaten hetzen rechte Bürgerwehren in Südafrika gegen Migrant:innen. Nachdem sie ein Ultimatum ausgerufen hatten – zum 30. Juni 2026 sollten alle Migrant:innen ohne gültige Papiere das Land verlassen haben –, jagten bewaffnete Mobs durch die Armenviertel von Durban und Johannesburg, plünderten Geschäfte, setzten Häuser in Brand und töteten Menschen. Die Polizei blieb meist untätig oder patrouillierte gemeinsam mit den Bürgerwehren. Tausende Menschen flohen in Richtung Simbabwe, Malawi, Mosambik…."

BERICHTE BEI MEDICO:

HTTPS://WWW.MEDICO.DE/BLOG/DIE-AMABUTHO-SIND-ZURUECK-20663

HTTPS://WWW.MEDICO.DE/BLOG/POGROMSTIMMUNG-20595

RÜCKBLICKE

ANTIRASSISTISCHE DEMONSTRATION IN HAMBURG GEGEN RHEINMETALL

Am 25. September gab es in Hamburg im Rahmen von antimilitaristischen Aktionstagen eine antirassistische Demonstration gegen eine Rheinmetall-Niederlassung. Aus dem Aufruf: „…Rheinmetall liefert, was die Regierungen in Europa planen: Den Ausbau der Festung Europa. Die Aufrüstung und Militarisierung, die wir derzeit erleben, findet auch an den EU-Außengrenzen statt.
Mitten in einem Hamburger Villenviertel, im Mittelweg 120 nahe der Außenalster, sitzt Rheinmetall Dermalog SensorTec. Dort wird zusammen mit einem Biometrieunterneh-

men an Überwachungstechnologie geforscht. Die Entwicklung KI-gestützter biometrischer Identifizierungs- und Abwehrtechnik erleichtert den europäischen Grenzbehörden ihre Arbeit, rassistische Politik in Europa umzusetzen.
Zusätzlich werden mit der Technik des Rüstungskonzerns Rheinmetall und seinem »Sensornetzwerk zur taktischen Raum- und Objektüberwachung« Grenzgebiete kontrolliert und potentielle Fluchtwege in die Europäische Union geschlossen. Geflüchteten droht aufgrund der KI-Systeme weitere Verfolgung, Abschiebung, Folter oder Tod. Dafür ist Rheinmetall verantwortlich. Außerdem verdient Rheinmetall an diesen Geschäften mit dem europäischen Grenzregime und ist deshalb an dessen Aufrechterhaltung interessiert.
Während im Mittelweg bislang nur die Sektkorken knallen, erleben wir in verschiedenen Teilen der Erde Krieg und Genozid, wobei dort oftmals Bomben von Rheinmetall einschlagen und für Flucht und Vertreibung sorgen.
Wer von Militarisierung redet, darf vom Rassismus nicht schweigen; wer vom Rassismus redet, darf von Militarisierung nicht schweigen….“

DER GESAMTE AUFRUF HIER: HTTPS://RHEINMETALLENTWAFFNEN.ORG/HAMBURG/PROGRAMM/FUER-OFFENE-GRENZENGEGEN-MILITAERISCH-HOCHGERUESTETE-GRENZGEBIETE/

40 JAHRE PRO ASYL: EIN RÜCKBLICK

„Seit 1986 steht PRO ASYL an der Seite von Menschen auf der Flucht. Was mit 15 Engagierten begann, ist heute eine starke und unabhängige Stimme für Flüchtlingsrechte in Deutschland und Europa. Vier Jahrzehnte PRO ASYL erzählen von rechtlichen Erfolgen und politischen Niederlagen, von gelebter Solidarität und dem Einsatz für die Menschenwürde….“

HTTPS://WWW.PROASYL.DE/NEWS/40-JAHRE-PRO-ASYL-DER-EINZELFALL-ZAEHLT-DAMALS-WIE-HEUTE/

AUSBLICK

26. BIS 28. NOVEMBER: WE`LL COME UNITED KONFERENZ IN LEIPZIG

Following the electoral success of the far-right AfD, it is now more important than ever that we don’t let this get us down and that we organize together: Against borders and racism, and for equal rights for all. At this years WCU conference we will discuss what we will do next!
Topics for the conference will be:
— Workshops on migration & Asylum law
— Strategy discussions: What is our NoBorder strategy for the next year? What will be our next actions?
— Workshops and discussions on migrant self organizing
— Anti-Deportation Campaign for 2027
— …

— FUN and Party

STAY TUNED AND FOLLOW FOR MORE INFO ON INSTAGRAM: @WCU_LEIPZIG. REGISTRATION WILL FOLLOW SOON.

WE ARE HERE, AND WE WILL FIGHT, FREEDOM OF MOVEMENT IS EVERYBODY'S RIGHT!